



PRESSEKONFERENZ

Aktuelles zum Linzer Gemeinderat

Weniger „Blumentopf-Bürokratie“, Stadtpolizei für Linz,
nachhaltige Pflegestrategie und Transparenz in der
Aktenaffäre.

- Vize-Bürgermeister Bernhard Baier
- Klubobmann Martin Hajart

Dienstag, 5. März 2018

10.00 Uhr

OÖ Presseclub, Saal C

ÖVP-Antrag:

Weniger „Blumentopf-Bürokratie“ für Innenstadt-Geschäftsleute.

Bürokratieabbau bei Blumenschmuck im öffentlichen Raum.

„Uns geht es mit dem Antrag um eine schnelle, unbürokratische Hilfe im Alltag der Innenstadtgeschäftsleute. Wer vor seinem Geschäftseingang Blumen zur Deko aufstellen will, soll künftig keinen unnötigen Papierkram mehr erledigen müssen“, setzt sich **Bernhard Baier, Vize-Bürgermeister und Referent für Wirtschaft sowie Stadtnatur und Lebensqualität** für Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung für den Handel in der Innenstadt ein. Unser Ziel ist es, dass es künftig nicht mehr nötig ist, dass die Unternehmer einen Antrag ans Magistrat zur Gebührenbefreiung stellen müssen, um die Stadt mit Blumenschmuck verschönern zu dürfen. Denn aktuell ist es so, dass man für diese Benützung von öffentlichem Gut eben genau solch eine Gebührenbefreiung beim Magistrat beantragen muss. Erst dann dürfen die Geschäftstreibenden ihre Blumen-Deko aufstellen.

Der ÖVP-Antrag richtet sich an Bürgermeister Klaus Luger, die die Verwaltung beauftragen soll, diese „Blumentopf-Bürokratie“ im Sinne des Innenstadthandels abzuschaffen.

„Eine Verschönerung des Stadtbildes durch Blumenschmuck soll damit unterstützt und nicht unnötig erschwert werden. Schließlich steigert eine Wohlfühlumgebung die Lebensqualität“, so **Baier**.

ÖVP-Antrag:

„Aus Linzer Ordnungsdienst soll Stadtpolizei werden!“

ÖVP-Resolutionsantrag für Verfassungsänderung – dadurch Gleichbehandlung der Statutarstädte gegenüber kleineren Städten.

„In den Statutarstädten Linz, Wels und Steyr ist im Gegensatz zu kleineren Städten die Einrichtung einer Stadtpolizei verfassungsrechtlich nicht erlaubt. Das wollen wir als ÖVP ändern“, erklärt **Klubobmann Martin Hajart** den Vorstoß. Die ÖVP bringt daher

dazu in der kommenden Gemeinderatssitzung am 7. März eine Resolution an den Bund ein. Sie soll eine Stadtpolizei für Linz ermöglichen.

Denn vielerorts habe sich die Einrichtung eines derartigen Wachkörpers in Kooperation mit der Bundespolizei hervorragend bewährt. Damit soll der Linzer Ordnungsdienst zur Stadtpolizei „upgegradet“ werden. Und das ohne Aufsplitterung der Kompetenzen über die Bundespolizei, was der Vorstoß im Jänner von Bürgermeister Luger bedeutet hätte. Er forderte Kompetenzen in Bezug auf die Bundespolizei ein.

„Eine Stadtpolizei hätte gegenüber der ‚Hilfslösung‘ Stadtwache wesentlich weitgehendere Kompetenzen. Sie könnte die Bundespolizei bestmöglich bei ihrer Tätigkeit unterstützen und einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in Linz leisten“, ist **Hajart** von der Sinnhaftigkeit der ÖVP-Forderung überzeugt. Klar muss in dem Zusammenhang aber auch sein, dass bei einer Stadtpolizei Rekrutierung und Ausbildung der künftigen Mitarbeiter im Vergleich zum Ordnungsdienst geändert werden müssen. Dafür braucht es ausgebildete Polizeibeamte. Dafür war im Grunde stets auch die FPÖ, welche einen entsprechenden Gemeinderatsantrag im Jänner 2017 einbrachte.

Für **Klubobmann Hajart** ist Lugers neueste Aussage, er wolle keine Stadtpolizei, angesichts seiner Ankündigungen vom Jänner, er wolle nach US-Vorbild Chef eines städtischen "Sheriffs Department" werden, ein befremdlicher Zick-Zack-Kurs: *„Zuerst fordert Luger Verantwortung vom Bund in Polizeifragen und suggeriert, er würde als Bürgermeister – wenn er denn Verantwortung für die Polizei hätte – für einen erhöhten Personalstand eintreten. Und wenn dann ein konkreter Antrag von uns im Gemeinderat gestellt wird, der auf eine kompetenzrechtliche Aufwertung der Stadt Linz in Sicherheitsfragen abzielt, dann lehnt ihn die Luger-SPÖ ab. Das trägt nicht wirklich zu einer Steigerung der Glaubwürdigkeit des Bürgermeisters bei. Und letzten Endes schadet nun sein Rückzieher auch der Linzer Sicherheit!“*

ÖVP-Antrag:

„Tageszentren als wesentlicher Teil einer nachhaltigen Pflege-Strategie für Linz.“ – ÖVP fordert Offenlegung der Daten der Tageszentren der letzten 5 Jahre.

Ausbau des Tageszentren-Angebots vor allem für Pflegegeldstufe 3 notwendig!

„Wir müssen uns auf die Bedürfnisse der immer älter werdenden Linzer Bevölkerung einstellen. Es ist 5 vor 12“, mahnt **Klubobmann Martin Hajart**. Denn schon jetzt ist ein Viertel der Linzerinnen und Linzer 60 Jahre oder älter. Mit 1.1.2019 waren das 50.350 Personen. Und die 2017 erstellte Bevölkerungsprognose der Stadt Linz prophezeit einen weiteren Anstieg: Die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen soll bis zum Jahr 2027 um 25 Prozent steigen. Die Zahl der 70- bis 79-Jährigen soll gleichzeitig um sieben Prozent anwachsen. Bei den 80-Jährigen und Älteren ist ein Plus von 24 Prozent prognostiziert.

„Um die steigenden Pflege- und Betreuungsbedarfe der immer älter werdenden Bevölkerung gut abdecken zu können, müssen unter anderem die Linzer Tageszentren ein wesentlicher Teil einer nachhaltigen Strategie zur demographischen Entwicklung in Linz sein“, erklärt **Hajart**. Sie sind eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung der Pflege zu Hause, also der Pflegebedürftigen sowie ihrer Angehörigen im Alltag (Tagesstruktur, Aufgaben der Pflege). Sie ermöglichen die Beibehaltung von Selbstständigkeit, die Remobilisierung sowie die Möglichkeit zum (längeren) Verbleib in den eigenen vier Wänden.

Im Zuge der Anpassung der bestehenden Leistungsvereinbarung der Stadt Linz mit den Seniorenzentren Linz (SZL) zum Betrieb von Tageszentren und Clubs-Aktiv hat Sozialreferentin Karin Hörzing am 26. November 2018 im Sozialausschuss zugesagt, die statistischen Daten zu den Tageszentren bereitzustellen. Für die Jahre 2017 und 2018 hat Hörzing diese nun auch im Ausschuss am 25. Februar 2019 teilweise zur Verfügung gestellt:

In Linz gibt es 3 städtische Tageszentren (Dornach, Liebigstraße und Kleinmünchen) sowie 2 private Tageszentren. Schaut man sich zum Beispiel im Hinblick auf die 3 städtischen Tageszentren den Dezember 2017 an, so lag die Anzahl der betreuten Personen in diesem Monat bei insgesamt 208. Auffallend: Davon waren 166 Frauen und nur 42 Männer. 32 Personen waren zwischen 60 und unter 75 Jahre alt. 89

Besucher 75 bis unter 85 Jahre alt und 87 Linzerinnen und Linzer waren 85 Jahre und älter. Damit waren knapp 85 Prozent der Besucherinnen und Besucher 75 Jahre und älter.

Von den insgesamt 208 Besucherinnen und Besucher bezogen 20 kein Pflegegeld, 77 waren in der Pflegegeldstufe 1, 59 in der Pflegegeldstufe 2, 35 in der Stufe 3, 12 in der Stufe 4 und 2 in der Pflegegeldstufe 5.

„Die Zahlen sind ein Anfang. Uns geht es aber um eine längerfristige Evaluierung“, so **Hajart**. Dafür schlagen wir eine Analyse der Daten der vergangenen 5 Jahre vor. Diese gesammelten Informationen sollten dann die Grundlage für eine Evaluierung des bestehenden Angebotes sowie eine allfällige Verbesserung sein, und letzten Endes auch die Basis für einen dringend notwendigen weiteren Ausbau der Tageszentren.

Ausbau des Tageszentren-Angebots vor allem für Pflegegeldstufe 3 notwendig

„Die Daten der vergangenen Jahre sollen uns Antworten für die Zukunft der Linzer Tageszentren geben. Daraus wird sich die Weiterentwicklung und der Ausbau dieser essentiellen Einrichtungen zur Unterstützung und Entlastung von pflegenden Angehörigen ableiten.“

Schon jetzt sei aber klar, dass es dringend einen Ausbau des Tageszentren-Angebots insbesondere für Bezieherinnen und Bezieher der Pflegegeldstufe 3 geben muss. Denn laut Pflegefondsgesetz soll eine stationäre Unterbringung im Pflegeheim künftig erst ab Pflegestufe 4 erfolgen. Zuvor soll eine mobile Betreuung bzw. Pflege erfolgen.

Antrag ÖVP, Grüne und Neos:

Greifen die Aufräumarbeiten in der Aktenaffären-Abteilung?

Aufklärerallianz will Analyse des Beraters hören!

Mit dem Einsatz des ehemaligen Salzburger Finanzdirektors HR Dr. Herbert Prucher als Berater in der Aufarbeitung der Aktenaffäre hat der Linzer Stadtsenat eine der Langzeitforderungen der Aufklärerallianz beschlossen. „*Nun wollen wir die Ergebnisse seiner Analysen transparent besprechen*“, so **ÖVP-Klubobmann Martin Hajart**. Dr. Prucher prüft, ob die Aufräumarbeiten und die Maßnahmen zur Reorganisation der Abteilung greifen. Um unserer Verantwortung als Gemeinderäte nachkommen zu können, wollen wir mit ihm über seine Erkenntnisse sprechen. Sei es im Kontrollausschuss, sei es in einem erweiterten Stadtsenat. Ermöglichen soll dies Vizebürgermeisterin Hörzing. Die Analyse von Dr. Prucher sollte mit Ende Februar abgeschlossen worden sein. Radikale Ehrlichkeit und Transparenz sind für **Hajart** in der Aufarbeitung der Aktenaffäre mehr als angebracht.

Weitere Gemeinderatsanträge:

- **ÖVP-Antrag: Sanierung der Parkplätze beim Pichlinger See + Verbesserung der Beleuchtung**

- **Gemeinsamer Antrag Grüne, ÖVP, SPÖ und FPÖ: Zur Entwicklung eines Sanierungskonzeptes der Linzer Pflichtschulen**